

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Band: 38 (1991)
Heft: 3

Rubrik: BZS Info = OFPC Info = UFPC Info

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Zivilschutz im Rahmen der europäischen Integrationsbestrebung

Hilfe unter zwölf goldenen Sternen

amk. Europa schliesst sich nicht nur wirtschaftlich zusammen, sondern auch in der gegenseitigen Hilfe bei Schadenereignissen im Krieg und im Frieden zugunsten der Zivilbevölkerung. Dabei geht es unter anderem um gegenseitige Informationen, um gemeinsame Übungen sowie um eine Vereinheitlichung der Begriffe im Katastrophenschutz. Am Eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz in Schwarzenburg orientierte das BZS eingehend über die geplanten Gemeinsamkeiten.

Seit 20. Juni 1990 führt der Bundesrat Verhandlungen im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EF-TA) und der Europäischen Gemeinschaft (EG) mit dem Ziel, einen Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abzuschliessen. Dieser soll ab 1. Januar 1993 schrittweise – das heisst mit gewissen Übergangsregelungen und Ausnahmebestimmungen – in Kraft gesetzt werden, parallel zur Schaffung des sogenannten EG-Binnenmarkts. Im wesentlichen geht es um die Gewährleistung des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Im Zuge der für die Verwirklichung dieser vier Grundfreiheiten zu treffenden Liberalisierungs- und Rechtsharmonisierungsmaßnahmen soll im Rahmen der sogenannten flankierenden Politiken die Zusammenarbeit auch in andern Bereichen gefördert werden. Diese umfassen u.a. auch die Frage des Zivil- bzw. Bevölkerungsschutzes.

Zu den EG-Abmachungen auf dem Gebiete des Zivil- bzw. Bevölkerungsschutzes

Gestützt auf die Entschliessung des EG-Rates vom 25. Juni 1987 und 13. Februar 1989 wird eine gemeinschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivilschutzes (protection civile) angestrebt. Dabei steht der Bevölkerungsschutz im Falle von Schadenereignissen nicht kriegerischen Ursprungs im Vordergrund.

Konkret geht es um folgende Bereiche:

- Erstellung und periodische Nachführung eines Vademekums für den Katastrophenschutz
- periodische Treffen der Verantwortlichen in diesem Bereich
- Austausch des im Zivilschutz eingesetzten Personals im Rahmen der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Ausbildungsmassnahmen bzw. Durchführung gemeinsamer Simulationsübungen
- bessere Nutzung der bestehenden Datenbanken im Bereich des Katastrophenschutzes (Informationsaustausch, Vernetzung der Datenbanken usw.)
- Schaffung einer gemeinsamen Sprache, das heisst Vereinheitlichung der Begriffe im Katastrophenschutz (neunsprachiges Glossar)
- Verbesserung der Kommunikationssysteme (inkl. von weltraumgestützten Übertragungsmitteln), das heisst der Verbindungen durch gemeinsame Frequenzen
- bessere Aufklärung der Bevölkerung über die Belange des Katastrophenschutzes

Im Zuge verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung der Bevölkerung Europas für die Ideen des Zivil- und Katastrophenschutzes wird zur Zeit ein einheitliches europäisches Katastrophenschutzsymbol eingeführt. Das Symbol entspricht in seiner Grundform dem internationa-

len Zivilschutzzeichen (Zusatzprotokoll I zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen aus dem Jahre 1977). Es besteht aus einem gleichseitigen königsblauen Dreieck auf einer orange-farbenen Scheibe. In Anlehnung an die europäische Flagge enthält das Emblem zusätzlich die zwölf «goldenen» Sterne.

Notruf 112

Mit Vorschlag der EG-Kommission vom 6. Oktober 1989 wird die Einführung einer einheitlichen telefonischen Notrufnummer für die europäischen Bürger (Nr. 112) bis 1993 – allenfalls bis Ende 1995 – postuliert. Unter dieser Nummer soll im Notfall u.a. Verbindung mit den zuständigen einzelstaatlichen Notdiensten aufgenommen werden können. Die Aufgabe ist durch sprachkundiges Personal wahrzunehmen. Der entsprechende Vorschlag wurde am 5. Oktober 1990 bestätigt. In zwei Entschliessungen vom 23. November 1990 hat der EG-Rat die Grundsätze der «gemeinschaftlichen Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz» bekräftigt und sich gleichzeitig für eine «Verbesserung der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen Mitgliedstaaten bei Naturkatastrophen oder vom Mensch verursachten Katastrophen» eingesetzt.

Keine Schwierigkeiten für die Schweiz

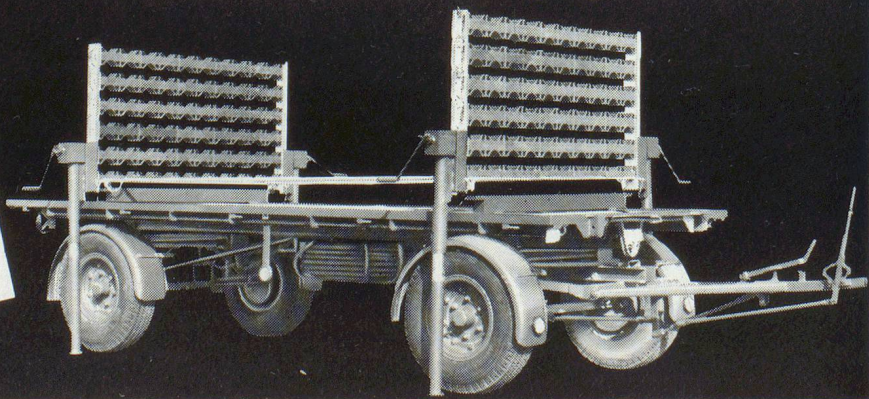
Die 1987 in den EG-Ländern eingeleiteten und inzwischen teilweise umgesetzten Massnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes dürften für die Schweiz keine besonderen Schwierigkeiten hervorrufen, zumal «durch die vorgesehenen neuen Massnahmen die Ausarbeitung oder Durchführung von Katastrophenplänen durch die

Nufer Metallbau
8302 Kloten, Steinackerstr. 31
Telefon 01 813 17 84

nufer

Röhrenanhänger
mit Patent-Aufbau + 425484 +
Umbau oder
Neuanfertigung

Umgebauter Infanterie-Anhänger
für Zivilschutz, Wasserversorgung und Feuerwehr

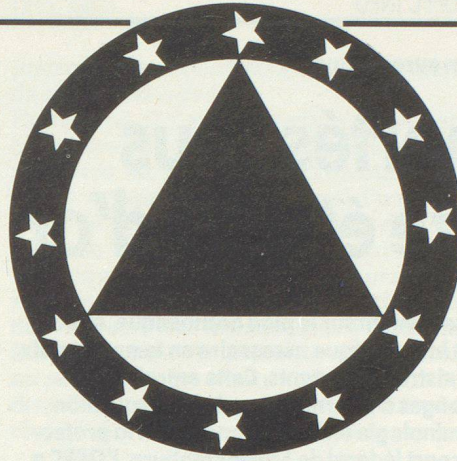


Mitgliedstaaten nicht berührt wird». Abgesehen davon ist zu berücksichtigen, dass wesentliche Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen bereits in bilateralen Abkommen (z.B. Übereinkommen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland einerseits und Frankreich andererseits sowie zwischen der Schweiz und Österreich bzw. Italien (in Vorbereitung), inkl. Probleme der Benutzung von Luftfahrzeugen), und auf multilateraler Ebene (Vereinbarungen im Rahmen der Internationalen Atomenergieorganisation über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen sowie die Hilfeleistung bei solchen Ereignissen) geregelt sind.

Die zur Diskussion stehenden Fragen betreffen – neben verschiedenen Bundesstellen – insbesondere auch die Kantone und Gemeinden, die verfassungsmässig für die Bewältigung von Notlagen nicht kriegerischen Ursprungs primär verantwortlich sind. Gesamtschweizerisch wird die entsprechende Koordination im Rahmen eines Ausschusses des Stabs für Gesamtverteidigung wahrgenommen. Darin sind u.a. auch das BZS und die Kantone sowie Fachverbände vertreten.

Die Frage der Einführung der einheitlichen telefonischen Notrufnummer 112 (heute in der Schweiz für den Störungsdienst reserviert) wird derzeit mit den PTT-Betrieben abgeklärt. Es scheint, dass auch diese Regelung innert der festgelegten Fristen einer Lösung zugeführt werden könnte.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Übernahme des sogenannten relevanten «acquis communautaire» im Bereich des Bevölkerungsschutzes bezogen auf die Gefährdungen durch die technische und natürliche Umwelt schweizerischerseits grundsätzlich keine Ausnahme- oder Übergangsregelungen bedingen würde. Dabei sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass die Sicherheitspolitik im



Das Symbol des europäischen Katastrophenschutzes: Das internationale Zivilschutzzeichen mit den zwölf «goldenen» Sternen der europäischen Flagge.

engeren Sinne (Politikbereich, der sich mit machtpolitisch bedingten Gefahren und Risiken auseinandersetzt) und damit auch der Zivilschutz als Instrument zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen bewaffneter Konflikte bisher nicht Gegenstand einer Gemeinschaftsregelung sind. Die sicherheitspolitischen Fragen fallen in Westeuropa primär in den Kompetenzbereich der Westeuropäischen Union (WEU). Vorbehalten bleiben die NATO-Vereinbarungen und die Bestrebungen im Rahmen der KZSE-Abmachungen. Dies schliesst nicht aus, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Bevölkerungsschutzes auch im Kriegsfall ermöglicht werden kann und soll, ist doch der Zivilschutzgedanke ausdrücklich im bereits erwähnten Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen – das bis jetzt von nahezu 100 Staaten ratifiziert worden ist – verankert.

Unabhängig von dieser Einschränkung und der Tatsache, dass der Begriff Zivilschutz in den einzelnen Staaten unterschiedlich definiert und interpretiert wird, begrüsst das BZS die Möglichkeit einer vermehrten grenzüberschreitenden Hilfeleistung in allen Notlagen. In diesem Sinne soll übrigens

der gestützt auf den neuen Bericht zur Sicherheitspolitik 90 erweiterte Auftrag des schweizerischen Zivilschutzes im Rahmen des Zivilschutz-Leitbildes 95 präzisiert werden.

Schlussbemerkungen

Im Rahmen der angestrebten europäischen Integration geht es im Bereich des Zivil- bzw. Bevölkerungsschutzes darum – in Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und Fachverbänden – den grenzüberschreitenden Informations- und Erfahrungsaustausch konsequent voranzutreiben und günstige Voraussetzungen für eine rasche und unkomplizierte gegenseitige Hilfeleistung in Notlagen zu schaffen.

Offen sind die Fragen, die sich für den Zivil- bzw. Bevölkerungsschutz im Zusammenhang mit der Verwirklichung des freien Warenverkehrs ergeben könnten. Zu denken ist dabei zum Beispiel an die europäischen Normierungsprojekte im Bereiche des Schutz- und Rettungswesens. Neben den für die Aussenwirtschaft sowie das Mess- und Sanitätswesen, den Einkauf, die Gesamtverteidigung usw. verantwortlichen Bundesbehörden sind dadurch auch die Kantone und Gemeinden sowie privatrechtliche Organisationen, wie zum Beispiel die Schweizerische Normenvereinigung (SNV) und der Interverband für Rettungswesen (IVR), mit welchen das BZS zusammenarbeitet sowie die Schweizerische Sanitätsdirektorenkonferenz, angesprochen.

Europaweit stellt sich u.a. auch die Frage der Harmonisierung des Alarmierungswesens (Vereinfachung bzw. der Reduzierung der Alarmierungszeichen, Abstimmung der Sirenenkontrollen im grenznahen Raum usw.). Zusammen mit der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) hat das BZS gegenüber dem federführenden Integrationsbüro im Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bzw. im Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD) seine entsprechenden Vorstellungen angemeldet. ▣

TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED

TELED auch für den Zivilschutz

PLUVOnoflam, das ideale Material
«schwerentflammbar», wasserdicht, «atmungsaktiv»
für «Allwetter»-Schutzkleidung

TELED S.A. – 2003 NEUCHÂTEL – ☎ (038) 31 33 88 – FAX (038) 31 50 10

TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED



La protection civile dans le cadre de l'intégration européenne

Les secours apportés sous l'égide des douze étoiles d'or

amk. L'intégration européenne ne se joue pas seulement sur le plan économique, elle a aussi des effets concrets au niveau de l'entraide interétatique nécessaire en temps de paix comme en cas de guerre, pour faire face à des sinistres importants. Cette entraide se manifeste notamment dans le domaine des échanges d'informations, de l'organisation d'exercices communs et de l'adoption d'une terminologie uniforme concernant la protection contre les catastrophes. Lors du dernier rapport fédéral de Schwarzenburg, l'OFPC a informé les chefs des offices cantonaux de la protection civile des efforts de coopération internationale qui se poursuivent en matière de protection civile.

Depuis le 20 juin 1990, le Conseil fédéral mène des négociations dans le cadre de l'Association européenne de libre échange (AELE) et de la Communauté européenne (CE), en vue de parvenir à un traité sur l'Espace économique européen (EEE). Cet accord devrait entrer en vigueur par étape – c'est-à-dire moyennant certaines réglementations transitoires et dispositions d'exception – à partir du 1^{er} janvier 1993, parallèlement à la création du marché unique de la CE. Pour l'essentiel, il s'agit d'assurer la libre circulation des marchandises, des personnes, des services et des capitaux au sein du futur Espace économique européen. La concrétisation de ces quatre libertés fondamentales implique d'une part des mesures de libéralisation et d'harmonisation d'ordre juridique. D'autre part, il est prévu, au titre des politiques dites d'accompagnement, d'encourager la collaboration dans d'autres domaines, notamment aussi dans celui de la protection civile.

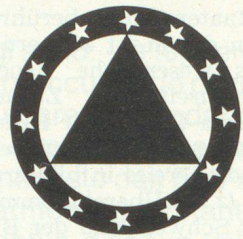
Les arrangements de la CE en matière de protection civile et de la population

Les décisions du Conseil ministériel de la CE des 25 juin 1987 et 13 février 1989 ont pour objectif d'institutionnaliser une coopération communautaire dans le domaine de la protection civile. Elles

mettent au premier plan la protection de la population en cas de catastrophes non liées à des faits de guerre.

Il s'agit concrètement des domaines suivants:

- création et mise à jour périodique d'un vade-mecum pour la protection civile
- réunions périodiques des responsables de la protection civile
- échange du personnel chargé de la protection civile dans le cadre de l'instruction dispensée par les Etats membres et organisation en commun d'exercices de simulation
- utilisation plus poussée des banques de données existant dans le domaine de la protection civile (échange d'informations, interconnexion des banques de données, etc.)
- définition d'un langage commun, c'est-à-dire uniformisation du vocabulaire utilisé dans la protection civile (lexique en neuf langues)
- amélioration des systèmes de communication (y compris les moyens de transmission par satellite) débouchant sur l'utilisation de fréquences communes en matière de liaisons
- amélioration de l'information de la population en matière de protection civile



Un symbole uniforme créé pour illustrer la protection des populations en Europe est actuellement adopté par les pays membres de la CE dans le but de mieux informer la population sur la protection civile et de la sensibiliser à ses objectifs. La forme de base de ce symbole rappelle le signe international de la protection civile (protocole additionnel I aux accords de Genève, mis au point en 1977). Ce symbole est constitué par un triangle équilatéral bleu sur fond circulaire de couleur orange. Par analogie avec le drapeau européen, cet emblème est muni par ailleurs de douze étoiles dorées.

112: le numéro d'appel d'urgence

Le 6 octobre 1989, la Commission de la CE a proposé d'introduire dès 1993 – éventuellement à partir de 1995 – un numéro d'appel d'urgence unique pour les citoyens européens (N° 112). Ce numéro devrait permettre en cas d'urgence d'entrer notamment en contact avec les services de secours compétents des différents pays. Cette tâche devra être assumée par du personnel polyglotte. La proposition en question a été confirmée le 5 octobre 1990.

Par ses résolutions du 23 novembre 1990, le Conseil de la CE a réaffirmé les principes relatifs «à la coopération communautaire en matière de protection civile», tout en postulant une «amélioration de l'assistance mutuelle



Le symbole européen de la lutte contre les catastrophes se compose du signe districtif international de la protection civile, entouré des douze étoiles d'or du drapeau européen.

Pour prévenir des dégâts d'eau onéreux:

Déshumidificateurs

Gamme étendue d'appareils efficaces, d'un emploi très varié – caves, entrepôts, habitations, installations de protection civile, etc. Exploitation entièrement automatique, consommation d'énergie minime. Demandez-nous la documentation détaillée.

Krüger + Co.
1010 Lausanne, Tél. 021 32 92 90
Succursales: Münsingen BE,
Hofstetten SO, Degersheim SG,
Dielsdorf ZH, Gordola TI
Küssnacht am Rigi, Samedan

KRÜGER

entre Etats membres en cas de catastrophe naturelle ou d'origine humaine».

Pas de problèmes pour la Suisse

Depuis 1987, les pays de la CE s'emploient à mettre en œuvre les mesures destinées à renforcer leur coopération dans le domaine de la protection civile. L'application de ces mesures ne devraient guère poser de problèmes à la Suisse, d'autant que – selon leurs auteurs – «les nouvelles mesures envisagées n'affectent pas la mise au point ou la gestion des plans d'urgence adoptés par les Etats membres face aux catastrophes». Indépendamment de cette situation, il faut relever que des aspects importants de la collaboration transfrontalière relative à l'aide en cas de catastrophes sont déjà réglés par des accords bilatéraux (p.ex. conventions entre la Suisse et la République fédérale d'Allemagne d'une part et la France d'autre part ou entre la Suisse et l'Autriche ou l'Italie – en préparation), qui traitent aussi des problèmes de l'utilisation d'aéronefs. Il en existe aussi au niveau multilatéral (conventions dans le cadre de l'Organisation internationale de l'énergie atomique concernant la notification rapide d'un accident nucléaire ainsi que l'assistance en cas d'accident nucléaire ou de situation d'urgence radiologique).

Les questions en discussion concernent – outre différents offices fédéraux – surtout les cantons et les communes, puisqu'ils sont, de par la constitution, les premiers responsables pour la maîtrise de situations d'urgence non liées à des faits de guerre. Une commission de l'Etat-major de la défense est chargée d'assurer la coordination sur le plan national. Y sont, entre autres, représentés l'Office fédéral de la protection civile (OFPC), les cantons et les associations intéressées.

L'introduction du numéro d'appel d'urgence unique 112 (réservé aujourd'hui en Suisse au service des dérangements) est actuellement examinée par les PTT. Il semble qu'une solution

pourrait être apportée à cette question dans les délais prévus.

En résumé, il s'avère que la reprise, par la Suisse, de l'acquis communautaire pertinent en matière de protection civile – comprise dans le sens d'un élément de lutte contre les dangers découlant de l'environnement naturel ou technique – ne nécessiterait en principe ni une réglementation d'exception, ni des dispositions transitoires. Précisons à cet égard que la politique de sécurité au sens étroit du terme – c'est-à-dire le domaine de la politique générale chargé de faire face aux menaces et ris-



ques d'ordre politico-militaire – et dès lors également la protection civile, en tant qu'instrument visant à protéger la population contre les conséquences de conflits armés, n'ont, jusqu'à présent, pas fait l'objet d'une réglementation communautaire. Les questions de politique de sécurité relèvent en Europe de l'Ouest en premier lieu de la compétence de l'Union de l'Europe occidentale (UEO). Demeurent réservés les conventions passées au sein de l'OTAN et les arrangements découlant de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE). Cela n'exclut nullement une collaboration transfrontalière dans le domaine de la protection civile également lors de conflits armés, dès lors que cette institution est expressément inscrite dans le protocole additionnel I aux conventions de Genève, ratifié entre-temps par une centaine d'Etats.

Indépendamment de cette restriction et du fait que la notion de la protection civile est définie et interprétée différemment selon les Etats, l'OFPC salue l'idée d'une participation à des opérations de secours transfrontalières dans toutes les situations d'urgence. C'est d'ailleurs dans ce sens que la mission de la protection civile suisse, nouvelle-

ment définie dans le rapport du Conseil fédéral sur la politique de sécurité 90, sera précisée lors de la mise au point du plan directeur 95 de la protection civile.

Remarques finales

A l'heure de l'intégration européenne, il s'agit, dans le domaine de la protection civile, de faire progresser systématiquement l'échange d'informations et d'expériences, par une action concertée de la Confédération, des cantons, des communes et des associations intéressées; au-delà de cet objectif, il importe de créer des conditions favorables à une entraide rapide et spontanée lors de situations d'urgence.

Parmi les questions en suspens, signalons celles qui pourraient se poser à la protection civile au sens large du terme en liaison avec la réalisation de la libre circulation des marchandises en Europe. Pensons par exemple aux projets européens de normalisation dans le domaine de la protection et du sauvetage. Outre les autorités fédérales chargées des affaires économiques extérieures ainsi que des domaines relevant de la météorologie et de la santé publique, des achats, de la défense générale, etc., ce sont également les cantons et les communes ainsi que des organisations de droit privé – telles l'Association suisse de normalisation et l'Interassociation de sauvetage (IAS) – qui collaborent avec l'OFPC, ainsi que la Conférence suisse des directeurs cantonaux des affaires sanitaires, qui sont concernés en l'occurrence.

En Europe se pose aussi notamment la question de l'harmonisation des systèmes d'alarme (simplification et réduction des signaux d'alarme, annonce des contrôles de sirènes dans les zones frontalières, etc.). Ensemble avec l'Office central de la défense (OCD), l'OFPC a communiqué ses desiderata y relatifs au Bureau de l'intégration qui est subordonné au Département fédéral des affaires étrangères (OFAE) et au Département fédéral de l'économie publique (DFEP). ▣

Demi-prix et une journée de fugue.

L'abonnement demi-prix avec une carte journalière pour Fr. 120.-.

Enfin une journée de fugue, pour vous rendre là où vous désiriez aller depuis longtemps. Pendant l'année du 700^e anniversaire de la Confédération, avec votre nouvel abonnement demi-prix vous recevez une journée de fugue quasiment donnée en cadeau: Une carte journalière qui transforme votre abonnement en abonnement général un jour durant. Et bien entendu, vous voyagez à moitié prix tout au long de l'année en train, car postal et bateau.



CFF

Telefonrundspruch muss nicht mehr empfangen werden

pd. Auf Ende 1990 wurde das Warnregiment der Territorialorganisation mit seinen 22 regionalen Warnsendestellen aufgehoben. Die Aufgaben der Wasseralarmdetachemente bei Stauanlagen werden im Aktivdienst der Armee von Formationen der Nachrichtenregimenter der Flieger- und Flabtruppen übernommen. Der Betrieb des Schweizerischen Telefonrundspruchnetzes wird von dieser Änderung nicht betroffen, hingegen entfällt künftig die Verbreitung von Meldungen des Warndienstes über die Leitung 3 dieses Netzes, weshalb der in Art. 7 Bst a. der Zivilschutzverordnung vorgeschriebene Empfang des Telefonrundspruchs nicht

mehr zwingend gewährleistet werden muss. Vorläufig sind jedoch die vorgesehenen HF-TR-Installationen weiterhin zu realisieren. Die notwendige Änderung des erwähnten Artikels wird das BZS dem Bundesrat bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit beantragen.

Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung erfolgen auf nationaler Ebene in allen strategischen Fällen primär über die erste UKW-Senderkette (DRS-1, RSR-1, RSI-1) und das Mittelwellenprogramm.

Die freiwerdenden Empfänger E-606 sind für die Sicherstellung des Radioempfangs in den ZSO-Anlagen weiter

zu verwenden. Die Empfänger sind bereits heute mit dem nötigen Material ausgerüstet, damit sie an die in den Anlagen vorhandenen Installationen angeschlossen werden können. Als Empfangsantenne kann die Langdrahtantenne, die Antenne SEA 80 S oder SEA 80 K verwendet werden.

Gegenwärtig sind beim BZS keine Empfänger E-606 mehr lieferbar. Eine Nachbeschaffung dieses Typs ist nicht vorgesehen. Die Vorarbeiten für Ersatzlösungen werden in nächster Zeit anlaufen. Bei Bedarf kann der Telefonrundspruche Empfang mit handelsüblichen TR-Empfängern sichergestellt werden. ▣

Il n'est plus nécessaire d'assurer la réception des émissions diffusées sur le réseau de la télédiffusion

ip. Le régiment d'alerte de l'organisation territoriale, qui disposait de 22 stations émettrices d'alerte, a été dissous à la fin de l'année 1990. En période de service actif, les tâches des détachements d'alarme-eau affectés aux barrages hydrauliques incombent désormais à des formations de l'armée, à savoir aux régiments de renseignements des troupes d'aviation et de défense contre avions. Cette modification n'affecte pas le fonctionnement du réseau suisse de télédiffusion. Par contre, la diffusion des communications ne s'effectuant plus sur le canal 3 de ce réseau, il n'est plus nécessaire d'assurer la réception de la télédiffusion comme le prescrit l'art. 7,

let. a, de l'ordonnance sur la protection civile. La réalisation des installations HF-TD prévues devra néanmoins être poursuivie temporairement. Sitôt que l'occasion se présentera, l'OFPC proposera au Conseil fédéral de modifier ledit article en conséquence.

Dans tous les cas stratégiques, la diffusion des instructions données à la population s'étendra à l'ensemble du territoire national par le biais de l'émetteur d'ondes ultra-courtes (DRS-1, RSR-1, RSI-1) ainsi que du programme diffusé sur ondes moyennes.

Désormais, les récepteurs E-606 disponibles serviront, dans les constructions de protection des organismes, à garan-

tir la réception des émissions de radio. Déjà équipés du matériel adéquat, ces récepteurs peuvent être directement raccordés aux installations des constructions en question. L'antenne à long fil et l'antenne SEA 80 S ou SEA 80 K peuvent faire office d'antenne réceptrice.

Actuellement, l'OFPC ne peut plus livrer de récepteurs E-606 et l'acquisition d'appareils supplémentaires de ce type n'est pas prévue. Une solution de remplacement sera prochainement étudiée. En cas de nécessité, la réception de la télédiffusion peut être assurée au moyen de récepteurs TD en vente dans le commerce. ▣

Non è più necessario ricevere la filodiffusione

ip. Il reggimento d'allarme dell'organizzazione territoriale e le sue 22 stazioni regionali per la trasmissione dell'allarme sono stati aboliti alla fine del 1990. Durante i periodi di servizio attivo i compiti dei distaccamenti incaricati dell'allarme acqua, stazionati nei pressi delle dighe, verranno ora svolti dai reggimenti d'informazione delle truppe d'aviazione e della difesa aerea. Questa modifica non avrà alcun influsso sul funzionamento della rete svizzera per la filodiffusione. I messaggi del servizio d'allarme non verranno comunque più trasmessi sul 3° canale di questa rete, motivo per cui non è più indispensabile garantirne la ricezione

come previsto nell'art. 7 lett. a dell'ordinanza sulla protezione civile. Per il momento le installazioni TD-AF verranno in ogni modo montate come previsto. Alla prossima occasione l'UFPC sottoporrà al Consiglio federale la modifica dell'articolo sopraccitato.

Nei diversi casi strategici, le indicazioni circa il comportamento indirizzate alla popolazione residente sul territorio nazionale vengono trasmesse sul primo canale OUC (RSI-1, DRS-1, RSR-1) nonché sulle onde medie.

I ricevitori E-606 disponibili saranno impiegati per garantire la ricezione radiofonica negli impianti dell'OPS. Questi apparecchi riceventi sono già dotati

del materiale necessario per allacciarli alle installazioni presenti nei rifugi. Quale antenna ricevente si possono utilizzare l'antenna a filo lungo, l'antenna SEA 80 S nonché l'antenna SEA 80 K. Attualmente l'UFPC non è più in grado di fornire dei ricevitori E-606. Non abbiamo neppure previsto di acquistare un'altra partita di apparecchi di questo tipo. Prossimamente ci metteremo all'opera per trovare delle soluzioni alternative. In caso di necessità, si può garantire la ricezione della filodiffusione mediante i ricevitori ottenibili in commercio. ▣